

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Postämter und die Auer'sche Druckerei entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Verlagspreis für den Abnehmer 1 Pfennig, für den Abnehmer 2 Pfennig, für den Abnehmer 3 Pfennig, für den Abnehmer 4 Pfennig, für den Abnehmer 5 Pfennig, für den Abnehmer 6 Pfennig, für den Abnehmer 7 Pfennig, für den Abnehmer 8 Pfennig, für den Abnehmer 9 Pfennig, für den Abnehmer 10 Pfennig.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1098

Nr. 52

Donnerstag, den 3. März 1927

22. Jahrgang

Die Besprechungen in der deutsch-polnischen Frage.

Berlin, 1. März. Wie die Blätter erfahren, haben die augenblicklichen Besprechungen in der deutsch-polnischen Frage den Zweck, einen Weg zu finden, auf dem es möglich ist, die Handelsvertragsverhandlungen wieder aufzunehmen. Die Unterbrechung erfolgte bekanntlich wegen der Ausweisungspolitik der polnischen Behörden, die aus dem überprüften polnischen Staatsgefühl zu erklären ist. — Außerdem besteht auf Seiten der Polen nach den bisherigen Erfahrungen die Tendenz, alle Projektmöglichkeiten vor dem Haager oder dem Locarno-Schiedsgericht zu vermeiden. Die bisherigen Besprechungen haben nun zu einem Einverständnis darüber geführt, daß ein Verfahren gesucht werden soll, das die polnische Souveränität intakt läßt, aber doch zu einer Aufhebung der bisherigen Praxis der Woiwodschaften führt. Die Formel eines solchen Übereinkommens ist noch nicht gefunden. Sie ist nach Ansicht der Blätter auch außerordentlich schwierig. Man rechnet aber damit, daß die Verhandlungen, die nach der sicher zu erwartenden Genfer Zusammenkunft zwischen dem Reichsaußenminister und dem polnischen

Außenminister stattfinden werden, zu einer Einigung führen können. Wenn damit die Voraussetzungen dafür gegeben sind, daß keine neuen Störungen eintreten, dürften die Handelsvertragsverhandlungen wieder aufgenommen werden. Im übrigen unterstreichen die Blätter gegenüber den polnischen Versuchen, die vier Ausweisungen, die zu der Unterbrechung der Handelsvertragsverhandlungen führten, zu bagatelisieren, daß es sich entgegen der polnischen Darstellung doch um leitende Beamte handelt. Sie würden zum mindesten unter die Kategorie von Personen fallen, die nicht ausgewiesen werden dürfen, wenn die Vereinbarungen zugrunde gelegt werden, die vor der Unterbrechung der Handelsvertragsverhandlungen bereits getroffen waren.

Verbot einer deutschen Zeitung in Oberschlesien.

Kattowitz, 1. März. Die in Weuthen erscheinende „Oberschlesische Zeitung“ ist auf die Dauer von zwei Jahren für das polnische Staatsgebiet verboten worden.

Die Lage am Arbeitsmarkt.

In ihrem letzten Wochenbericht macht die Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Leipzig, zu diesem Thema nachstehende beachtenswerte Ausführungen:

Am Arbeitsmarkt, der nach den Berichten der Arbeitsämter Ende Januar eine in der zweiten Monatshälfte um 0,7 Prozent verringerte Ziffer von 1,828 Millionen erwerbslosen Hauptunterstützungsempfängern verzeichnet, ließ sich im Februar eine weitere — wenn auch nur bescheidene — Erleichterung erkennen. Doch scheint die Entwicklung in den einzelnen Bezirken nicht einheitlich zu sein. Als erschwerendes Moment wird vielfach hervorgehoben, daß der immer noch stark wechselnde Auftragsbestand, vor allem in den weiterverarbeitenden Gewerben, die Nachfrage nach Arbeitskräften periodisch lebhaft schwanken läßt, wobei dem kurzfristigen Bedarf ein überwiegender Einfluß einzuräumen ist. Auch kommt die sog. Ausgesteuerten, die wegen Fristablauf ihrer Unternehmung verlustig gehen, eine erhöhte Bedeutung zu, da diese verheerend den Rückgang der Hauptunterstützungsempfänger wieder ausgleichen und somit ein tatsächliches Nachlassen der Erwerbslosigkeit, wenigstens in einzelnen Bezirken, verhindern. Die Zahl der Kurzarbeiter, die nach den Angaben der Berufsverbände mit 80 bis 100 Prozent der Vollerwerbslosen angenommen wird, dürfte sich in letzter Zeit stärker vermehrt haben. Dies geht auch aus den Erhebungen der Fachverbände hervor, die zwar eine Zunahme ihrer als voll erwerbslos gemeldeten Mitglieder von 17,2 v. H. im Dezember auf 17,8 v. H. im Januar hervorheben, dagegen für die von ihnen angegebene Ziffer der Kurzarbeiter eine Ermäßigung von 7,1 Prozent im Dezember auf 6,8 Prozent im Januar nachweisen.

Wiederholt bleibt, daß durch das Mitte v. J. beschlossene

Arbeitsbeschaffungsprogramm

der Regierung, für welches bisher rund 600 Mill. RM vom Reich zur Verfügung gestellt worden sind, nur ein hinter den Erwartungen weit zurückbleibender Erfolg erzielt wurde. Ursprünglich war geplant, mit Hilfe der Staatsmaßnahmen im Laufe der Zeit etwa 500 000 Arbeitslose bei Notstandsarbeiten zu beschäftigen. Nach den vom Reichsarbeitsministerium veröffentlichten Zahlen ist jedoch die Anzahl der Notstandsarbeiter, die sich am 15. Mai v. J. noch auf 170 000 belief, trotz des Arbeitsbeschaffungsprogramms kühnlich bis auf 90 000 am 15. Januar d. J. zurückgegangen, wobei sogar der in den Monaten des Vorjahres wenigstens aufrechterhaltene prozentuale Anteil dieser Ziffer an der Gesamtbevölkerung (8,2 bis 9,9 Prozent) im Januar bis auf 5,2 Prozent nachgab. Der geringe Einfluß des behördlichen Vorgehens auf die in erster Linie zu berücksichtigenden ausgesetzten Erwerbslosen drückt sich darin aus, daß von rund 190 000 Ausgesetzten heute nur 10 000 als Notstandsarbeiter beschäftigt sind, während es früher ungefähr die Hälfte war.

Selbst wenn in der sog. Rationalisierung unserer Wirtschaft eine entscheidende Ursache der gegenwärtigen Krise am Arbeitsmarkt gesehen wird, weil diese sich u. a. in einer stärkeren Verwendung maschineller Arbeitsleistung ausdrückt und so beispielsweise für den einzelnen Arbeiter und Gehaltshauer im Ruhrgebiet je Schicht eine Steigerung im Wirkungsgrad der Arbeit von 1845 Kilogramm im Jahresdurchschnitt 1918 auf 2418 Kilogramm im Oktober 1926 herbeiführte, muß doch die von uns wiederholt behandelte Strukturänderung der Weltwirtschaftslage seit dem Kriege als voraussetzliche Dauererscheinung in ihrem ungünstigen Einfluß auf den Arbeitsmarkt in den Vordergrund gestellt werden. Demgegenüber dürfte auch die Bedeutung der durch Fortfall der Wehrpflicht freigesetzten Arbeitskräfte einschließlich der früher für unsere Wehrmacht unmittelbar und auch mittelbar Beschäftigten angesichts des inzwischen sehr viel größer gewordenen Kreislauf aller Berufsständler zurücktreten. Daraus folgt aber, daß wir wohl auf Jahre hinaus mit einer Arbeitslosigkeit zu rechnen haben, die etwa 10 Prozent aller Erwerbsfähigen trifft. Angesichts der Hemmnissen, die sich der systematischen Ausgestaltung einer großzügigen Auswanderungspolitik u. a. rein arbeitsmäßig mit dem Himmel auf die notwendige Erhaltung der Volkskraft entgegenstellen, wird man also darauf gefaßt sein müssen, annähernd so große Aufwendungen für die Unterstützung der Erwerbslosen, wie sie im vergangenen Jahre in Höhe von 1,2 Milliarden RM. gemacht wurden, laufend zur Verfügung zu stellen. Dies bedeutet jedoch zusammen mit den Reparationsverpflichtungen die Übernahme einer völlig unproduktiven Last von jährlich über 3 Milliarden RM., die vielfach einem Satz von etwa 25 Prozent des Gesamtsteueraufkommens gleichgesetzt wird. Wie lange sich aber derartig hohe Summen unter Verzicht auf jeden Gegenwert von Staat und Volk aufbringen lassen, ohne daß sich daraus unter Umständen unerwünschte wirtschaftliche Spannungen ableiten, kann heute trotz aller Zuversicht für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands auch noch nicht annähernd abgeklärt werden. Immerhin wäre es zu begrüßen, wenn die vom Reichsminister Schiele erneut als geplant hervorgehobene innerdeutsche Erwerbspolitik, die derzeit Gegenstand einer polemischen Auseinandersetzung zwischen Reich und Preußen bildet, als ein großzügiger Versuch nicht nur zur teilweisen Hebung der deutschen Arbeitslosigkeit, sondern auch im Interesse eines wirtschaftspolitischen Ausgleichs zwischen Industrie und Landwirtschaft recht bald in Angriff genommen würde.

Die einseitige

Schuldenerhebung

die ihren Ausgang vielfach von der Neufestlegung der Arbeitslosigkeit nimmt, läßt nach nachdrücklich angelegten Bedenken

Die russische Fremdenlegion in den Reihen der Kantonesen.

Rom, 1. März. Nach hier aus China vorliegenden Meldungen ist das Vorhandensein russischer Hilfstruppen in den Reihen der Kantonomie unabweisbar festgestellt. Es handelt sich jedoch nicht um reguläre Truppen der Sowjetarmee, sondern um solche der russischen Fremdenlegionen, mit deren Aufstellung Russland schon im Jahre 1925 begonnen hat. Diese Truppen teilen sich in europäische und asiatische Legionen. Die in den Verbänden der Kantonomie erscheinenden russischen Hilfstruppen gehören der asiatischen Legion an, deren Hauptkonzentrationslager Drenburg war, die in der jüngsten Zeit aber nach Irkutsk verlegt wurde.

Die augenblickliche Stärke der asiatischen roten Legionen wird auf drei Divisionen Infanterie und zwei Divisionen Kavallerie geschätzt. Schon bei der Aufstellung der asiatischen Fremdenlegionen schwebte den Begründern das Ziel vor Augen, sie zu „Vahndrechern der Weltrevolution“ im fernen Osten und in den englischen Kolonien zu machen. Anfänglich wurden diese Legionenverbände fast ausschließlich mit muslimanischen Freiwilligen, Türken, Persern und Afghanen aufgefüllt, was auch das Vorhandensein zahlreicher türkischer Offiziere in der Kantonomie erklärt. Später gelang es den bolschewistischen Organisatoren der Fremdenlegionen, auch Japaner, Chinesen und Indier zu werben, so daß die Legion heute über eigene japanische, chinesische und indische Bataillone verfügt.

Berlin, 1. März. Nach Meldungen aus Schanghai wird die Unterbringung der 7000 in Schanghai befindlichen britischen Truppen zu einem ernstlichen Problem. Auf den Dächern der verschiedenen Gebäude sowie am äußeren Rande der Stadt sind Maschinengewehre aufgestellt. Die Arbeiterverbände von Kanton und Kiang haben als Protest gegen die Anwesenheit der britischen Truppen einen Generalkrieg ausgerufen. Eine ähnliche Bewegung verbreitet sich aber ganz Südchina in der offenkundigen Absicht, den britischen Handelsverkehr lahmzulegen.

Schanghai vor der Uebergabe.

London, 1. März. Die Reuter von national-istischer Seite aus Schanghai erfährt, sollen die Truppen Suntschuanfangs in der Nähe von Sunglang, 28 Meilen südwestlich von Schanghai, eine neue Niederlage erlitten haben.

General Mengtschangjuch, einer der führenden Generale Suntschuanfangs, ist mit seinem Stabe desertiert, weil er sich weigerte, an der Seite der Schantungstruppen zu kämpfen. Er hatte eine Division befehligt, und es ist noch nicht bekannt, welche Haltung die führerlosen Mannschaften einnehmen werden. Man fürchtet, daß dieser Abfall weitere ernste Mißheftigkeiten zwischen den verbündeten Truppen um Sunglang erwarten lasse.

Konferenz des Zentralvolksausschusses der Kuomintang.

London, 1. März. Heute wird in Kantschang (Provinz Kiangsi) die Konferenz des Zentralvolksausschusses der Kuomintang (Kantonesenpartei) eröffnet werden. Angeblich soll es dabei zu einer Kraftprobe zwischen dem gemäßigten und dem extremen bolschewistischen Flügel in der Partei kommen.

Amerika und China.

Washington, 28. Febr. Brigadegeneral Butler vom Marinekorps erhielt heute Befehl, nach Schanghai zu gehen und den Befehl über die 2500 in asiatischen Gewässern befindlichen amerikanischen Seepolizisten zu übernehmen.

Im auswärtigen Ausschuss des Repräsentanten wurde mitgeteilt, daß die amerikanische Regierung keinerlei Geheimverträge mit anderen auswärtigen Mächten über gemeinschaftliche Verwendung militärischer Streitkräfte in China habe.

Modernisierung amerikanischer Schlachtschiffe.

Washington, 28. Febr. Das Repräsentantenhaus bestimmte heute 26 150 000 Dollar für die Modernisierung zweier Schlachtschiffe und die Vollendung der jetzt im Bau befindlichen drei Schiffe.

Reuter erfährt, daß das Staatsdepartement in Washington die britische Haltung zu der geplanten Erhöhung der Reichweite der Geschütze auf amerikanischen Schlachtschiffen zu erfahren wünscht. Im Weißen Hause wurde erklärt, daß mit Rücksicht auf die Streitfrage, ob solche Veränderungen gegen den Geist des Washingtoner Abkommens verstößen, Schritte unternommen worden seien, um die Ansicht Großbritanniens hierüber festzustellen.

Der neue Präsident von Uruguay.

Montevideo, 28. Februar. Der Senat hat heute Senator Juan Campesinato zum Präsidenten von Uruguay proklamiert.

Kein amerikanisches Protektorat über Nicaragua.

Washington, 1. März. Das Staatsdepartement ließ im Senatsausschuss für auswärtige Angelegenheiten die Versicherung abgeben, die amerikanische Regierung beabsichtige nicht den Abschluß eines Vertrages mit Nicaragua, in dem das Protektorat errichtet werde.

Managua, 1. März. Der Führer der Konservativen, Diaz, gab die Zusage freien Geleites für zwei Anhänger Sacacas und einem Neutralen Zweck Verhandlungen zur Herbeiführung eines Friedens.

Die Durchführung der mexikanischen Landgesetzgebung.

Washington, 1. März. Präsident Calles von Mexiko hat Senator Borah mitgeteilt, daß 880 Gesetze in den neuen Atroloum- und Landgesetzen unterworfen haben.